

ULRIKE ACKERMANN

DIE *NEUE* SCHWEIGE SPIRALE

**Wie die Politisierung
der Wissenschaft
unsere Freiheit einschränkt**

wbg THEISS

Ulrike Ackermann

Die neue Schweigespirale

Wie die Politisierung
der Wissenschaft
unsere Freiheit einschränkt

WDG HEISS

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

wbg Theiss ist ein Imprint der wbg.

© 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Lektorat: Christina Kruschwitz, Berlin

Satz: Arnold & Domnick GbR, Leipzig

Einbandgestaltung: Vogelsang Design, Aachen

Einbandabbildung: shutterstock.com, © Peter Hansen

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-8062-4423-6

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): ISBN 978-3-8062-4441-0

eBook (epub): ISBN 978-3-8062-4442-7

Menü

[Buch lesen](#)

[Innentitel](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[Informationen zum Buch](#)

[Informationen zur Autorin](#)

[Impressum](#)

Inhalt

Einleitung

1. Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit: Lebenselixier der Demokratie und der offenen Gesellschaft

Die neue Schweigespirale

Von den alten Griechen bis zur Aufklärung

Meinungs- und Gedankenfreiheit: Motor für Demokratie und Freiheit

2. Kulturkampf an den Universitäten

Wissenschaftsfreiheit in Gefahr

Machtkampf oder Wahrheitssuche?

Frankreich

Großbritannien

Deutschland

Safe Spaces: Sicherheitszonen anstelle des freien Diskurses

Militanter Aktivismus gegen Rede-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit

Fallbeispiele

3. Etablierung der Identitätspolitik

Die neue Woke Culture: Diversität – Gerechtigkeit – Inklusion

Diskriminierung und Opferdiskurs

Grüße aus Amerika oder wie man Geschichte umschreibt

4. **Rassismus in der politisch-ideologischen Arena**
Das neue Dogma: Critical Race Theory
Rassismus-Debatte in Deutschland oder Rassismus ohne Rassen
Rassismus in Theorie und Praxis
5. **Angriff auf die Aufklärung – Abschied vom Universalismus**
Vordenker des Postkolonialismus
Die »westlich-eurozentristische« Tätergesellschaft am Pranger
Das Programm der Dekolonialisierung
6. **Die großen Übel der Welt: Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat**
Postcolonial Studies und Gender Studies als Speerspitze der Transformation
Die Intersektionalität auf dem Vormarsch
Von der Frauenforschung zu den Gender Studies
Kampf für Gleichberechtigung
Gleichheit versus Differenz
Institutionalisierung der Frauenforschung
Geschlecht als soziale und kulturelle Konstruktion
Die Verabschiedung des biologischen Geschlechts
7. **Politisierung der Sozial- und Geisteswissenschaften**
Wie normativ darf Wissenschaft sein?
Zurück zu den Anfängen: Max Weber und die Freiheit der Wissenschaft
Der Streit um Werturteile: Der Positivismusstreit der 1960er-Jahre. Karl R. Popper versus Theodor W. Adorno
8. **Studentenbewegung und die Folgen**

Tumulte auf dem Deutschen Soziologentag 1968 in Frankfurt

Der Siegeszug der Frankfurter Schule

Die Neue Linke

9. Die Geister, die ich rief ...

Von der Kritischen Theorie zum Postmodernismus

»French Theory«: Foucault in Amerika

Critical Social Justice Theories: Die neuen Wissenschaften von der kulturellen, ethnischen, sexuellen und religiösen Identität

Sozialphilosophische Flankierung der Identitätspolitik

10. Was läuft falsch an den Universitäten?

Mainstreaming von Forschung und Lehre

Empirische Studie zur Wissenschaftsfreiheit

11. Wie die identitätspolitische Agenda in die Gesellschaft eindringt

Sprachpolitik: Antidiskriminierungsprogramm oder »Umerziehung« der Bevölkerung?

Reinigung der Sprache vom Bösen

Identitätspolitik in der Kultur

Identitätspolitik in der politischen Arena

Identitätspolitik in der Gesellschaft

Schluss: Wie können wir unsere Freiheiten verteidigen?

Danksagung

Anmerkungen

Literatur

Einleitung

Einer lautstarken Minderheit ist es über die Jahre gelungen, Debattenräume bei uns einzuschränken und die Grenzen des Sagbaren enger zu ziehen. Der moralische Druck der Political Correctness und Cancel Culture hat nicht nur die Lage an den Hochschulen verändert, sondern Einzug in alle gesellschaftlichen und politischen Felder gehalten. Er hat eine neue Schweigespirale in Gang gesetzt, die immer mehr Menschen vorsichtig werden lässt mit dem, was sie öffentlich sagen. Woher kommt dieser Konformitätsdruck? Wer zieht nach welchen inhaltlichen Eckpunkten die Grenzen für das, was politisch korrekt erlaubt ist oder nicht? Was gesagt werden darf und worüber tunlichst geschwiegen werden soll? Gesellschaftskritik gab es immer, und sie ist erwünscht. Doch wie tief darf oder soll sie Wissenschaft prägen, den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen und leitende politische Agenda sein? Was passiert, wenn sie hegemonial wird und den Pluralismus der Meinung, der Forschung und Lehre gefährdet?

Identitätspolitik sind seit einiger Zeit in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt. Inzwischen ertönt die Anklage der weißen, patriarchalischen Tätergesellschaft und ihr angeblich struktureller Rassismus nicht nur aus dem universitären Raum und dem Kulturbetrieb. Sie hat auch die politischen Parteien erreicht. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche und Systeme sind mittlerweile von der identitären Agenda erfasst. Entstanden sind die Identitätspolitik an den Universitäten. Sie wurden in den letzten Jahrzehnten insbesondere in den Sozial-, Geistes- und

Kulturwissenschaften gepflegt und dann in diversen Kritischen Theorien wie den Gender Studies, den Critical Whiteness Studies oder der Critical Race Theory weiterentwickelt. Einher ging dies mit tiefgreifenden Paradigmenwechseln und einer immensen Politisierung der Wissenschaft. Welche Ideen oder Ideologien stehen hinter dieser Identitätspolitik? An welche Denktraditionen konnten sie anschließen? Wie und warum gewinnen sie solch immensen Einfluss und welche praktisch-politischen Folgen haben sie? Aus den Universitäten dringen sie in die Gesellschaft ein und wollen sie transformieren. Um zu verstehen, warum eine kleine Minderheit über Jahrzehnte derartig einflussreich werden konnte, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit: Woher kommen diese Ideen und wie sind sie sozialgeschichtlich einzuordnen? Wie normativ darf oder soll Wissenschaft sein? Was passiert, wenn Wissenschaftler die Transformation der Gesellschaft auf ihre wissenschaftliche Agenda setzen? Wann schlägt Wissenschaft in Ideologie um?

Inzwischen nimmt die Sorge über eine zunehmende Verengung von Fragestellungen und Themen in der akademischen Forschung zu. Denn die Toleranzschwelle für abweichende Positionen und Meinungen sinkt, wenn sie an den Rand gedrängt oder gar moralisch sanktioniert werden. Häufig zählt nicht mehr das vorgetragene Argument, sondern die Herkunft des Sprechers. Cancel Culture und Political Correctness gefährden zunehmend eine freie und kontroverse Debatte sowie den Pluralismus in Forschung und Lehre. Diese besorgniserregende Entwicklung berührt jedoch nicht nur die Lage an den Hochschulen. Die identitätspolitischen Ansätze haben sich längst in anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgebreitet: in der politischen Bildung und den NGOs, in öffentlichen Verwaltungen, im kulturellen Sektor, im Medienbetrieb und natürlich der Politik. Es geht um Deutungsmacht, um die

Erlangung von Diskurshoheit und Ressourcen, und letztlich um die Eroberung von Institutionen. Sprach- und Quotenpolitik flankieren diese Entwicklung.

Die Universität ist die zentrale Lern- und Lehreinrichtung für zukünftige Leistungsträger. Zudem nehmen wissenschaftliche Akteure als Teil der intellektuellen Eliten und Funktionseliten eine Scharnierstelle zwischen Gesellschaft und Politik ein; sie sind Protagonisten im Feld der Wissenschafts- wie auch der Meinungsfreiheit. Das wirft wichtige Fragen auf: Wie wird über Geschichte, Zustand und Zukunft der Gesellschaft geforscht, gelehrt und gedacht an den Hochschulen? In welcher Weise fließen diese Erkenntnisse und Deutungen in die Gesellschaft zurück? Wie prägen sie gesellschaftliche Debatten und die Durchsetzung neuer Normen? Auf der einen Seite gibt es eine kosmopolitisch orientierte, gut ausgebildete obere Mittelschicht, Eliten aus Politik, Kultur und Wirtschaft, wo man gendert, Ökologie und Einwanderung preist – während sich auf der anderen Seite der heterogene, als »rückständig« angesehene Rest der Bevölkerung findet, der ratlos bis verärgert auf die diversen moralisch-politischen Erziehungsversuche und normativen Neujustierungen reagiert.

Die Identitätspolitik von rechts strebt ein ethnisch homogenes Volk an, jene vonseiten des politischen Islams führt den Kampf gegen den ungläubigen Westen, und die von links kämpft gegen die weiße, patriarchale, kolonialistische Tätergesellschaft. Alle drei attackieren die freiheitlichen Errungenschaften der Moderne, die Aufklärung und den Universalismus der Menschenrechte und sind militant antiliberal.

In diesem Buch geht es vor allem um die linke Variante der Identitätspolitik, ihre Wirkmacht im akademischen Betrieb und die Folgen für Politik und Gesellschaft. Manche hegen die Hoffnung, es

möge sich nur um eine Generationenfrage handeln, es sei ein zeitgeistiges Phänomen, das bald wieder mit der Einkehr der Vernunft verschwinden würde, dem Satz von Winston Churchill folgend: »Wer mit 20 Jahren nicht Sozialist ist, der hat kein Herz, wer es mit 40 Jahren noch ist, hat kein Hirn.«

Ich fürchte allerdings, so schnell werden wir die Geister der Identitätspolitik nicht mehr los, es sind eben nicht nur akademische Hirngespinnste, die vom Wesentlichen ablenken. Ganz im Gegenteil, denn sie berühren den Kern unserer liberalen Ordnung. Aus diesem Grund machen wir uns im Folgenden auf eine Reise aus der Gegenwart in die Vergangenheit und wieder zurück und passieren dabei wichtige Stationen der Ideen- und Sozialgeschichte, um zu begreifen, was hier eigentlich vor sich geht.

1. Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit: Lebenselixier der Demokratie und der offenen Gesellschaft

Erinnern Sie sich noch an die spektakuläre Aktion #allesdichtmachen von 50 namhaften deutschen Schauspielern und Schauspielerinnen im Frühjahr 2020? Die Stimmung im Land war tief gesunken, die Bevölkerung frustriert und zunehmend gereizt angesichts des politischen Corona-Krisenmanagements. Planlosigkeit der Akteure, die der Entwicklung ständig hinterherliefen, Ideenlosigkeit, mangelnder Pragmatismus und Behördenversagen auf vielen administrativen Ebenen sorgten für immer größeren Unmut. Im Internet war damals eine Reihe von Kurzfilmen zu sehen, in denen die Schauspieler in Einzelbeiträgen zu Wort kamen und ironisch bis sarkastisch die Freiheitseinschränkungen im Zuge des Lockdowns kritisierten. Anlass waren ihnen nicht zuletzt die Folgen der viele Monate währenden Stillstellung des gesamten Kulturbetriebs für ihre eigene berufliche Arbeit. Unter ihnen waren bekannte Fernsehschauspieler wie Heike Makatsch, Jan Josef Liefers, Martin Brambach oder Christine Sommer.

Ein Shitstorm brach in den sozialen Medien los und entfachte eine Debatte. Kältherzigkeit, Geschmacklosigkeit und Zynismus wurde der Schauspielertruppe vorgeworfen. Besonders die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und viele Leitmedien konnten der ironischen Aktion keinerlei Spaß abgewinnen. Die filmischen Einlassungen waren unterschiedlicher Qualität, einige bewegten sich

tatsächlich hart an der Grenze zwischen Zynismus und Geschmacklosigkeit. Sofort erhoben sich viele moralische Zeigefinger und der Vorwurf, mit der AfD, Corona-Leugnern und Querdenkern, die sich immer wieder zu Protestdemonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen in den großen Städten versammelten, gemeinsame Sache zu machen. Diese sogenannte Kontaktschuld ist als Vorwurf sehr beliebt in Deutschland. Es ist der Versuch, den anderen moralisch zu delegitimieren und auszugrenzen. Der Druck auf die Schauspielergruppe wurde immer größer, sodass sich einige genötigt sahen, sich für ihre öffentliche Einlassung zu entschuldigen oder ihr Video zurückzuziehen. Die bekannte *Tatort*-Schauspielerin Ulrike Folkerts etwa räumte ein, ihre Beteiligung an dieser Aktion sei ein Fehler gewesen. Sie hätte geglaubt, mit ihren »Kolleg*innen ein gewinnbringendes Gespräch in Gang« zu bringen, das Gegenteil sei passiert. Die Heftigkeit, mit der die beteiligten Schauspieler an den Pranger gestellt wurden, war beängstigend.

In ähnlicher Weise, wie der Begriff Political Correctness und die praktischen Folgen daraus sich von den USA ausgehend Zug um Zug bei uns ausbreiteten, geschieht dies nun auch mit der sogenannten Cancel Culture. Sie trifft Personen, die sich vermeintlich politisch unkorrekt äußern oder verhalten und die aufgrund dessen aus den sozialen Medien heraus unter starkem Druck gesetzt und geächtet werden sollen. Deplatforming heißt das heute. Verlangt werden Entschuldigungen oder Rücktritte; in jedem Fall soll die Meinungsäußerung der Betroffenen keinen Ort mehr finden und sie selbst möglichst aus ihren Positionen entfernt werden. Der öffentliche Raum soll gereinigt werden von angeblich unstatthaften, politisch unkorrekten und unerwünschten Meinungen und von Personen, die diese vertreten. Sie werden gestrichen wie die

Flüge auf der Anzeigentafel ›flight canceled‹ und sollen verbannt werden aus der Politik, aus dem Kulturbetrieb oder der Universität: Publikationsverbot, Auftrittsverbot oder Redeverbot, sozialer Ausschluss aus dem Justemilieu.

Dieser moralische Druck der Cancel Culture auf unliebsame Personen und ihre Äußerungen wird in unseren liberalen Demokratien in der Regel nicht vom Staat oder der Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt, sondern von kleinen sozialen Minderheiten und Aktivisten, die sich als Diskurspolizisten gerieren. Allerdings zeigt sich immer häufiger, wie effektiv dieser Druck sein kann. Eigentlich selbstbewusste Schauspieler sahen sich zu Selbstzensur genötigt und beugten sich. Womöglich spielte nicht zuletzt die Sorge eine Rolle, in Zukunft bei der Vergabe von Fernsehspiel- und Filmrollen bei den öffentlichrechtlichen Sendeanstalten nicht mehr ausreichend berücksichtigt zu werden.

In den USA ist der Feldzug der selbsternannten Sittenwächter mit ihrer Methode der Cancel Culture inzwischen überaus erfolgreich. Die *New York Times*, ehemals eine angesehene linksliberale Zeitung, hat aufgrund des Drucks aus sozialen Netzwerken und Aktivistengruppen Redakteure entlassen, wie beispielsweise Donald McNeil. Er hatte das verbotene N-Wort in didaktischem Zusammenhang verwendet – und sein Kopf »rollte«. Eine junge Garde von Redakteuren, die politisch korrekt an den amerikanischen Hochschulen sozialisiert wurde, führt nun das Regiment in einer Zeitung, die lange Zeit für Meinungsfreiheit und offene Debatten stand. Auch Bari Weiss ist aus diesem Grund als Meinungsredakteurin des Blatts zurückgetreten. An den Universitäten haben schon viele Lehrende, weil sie vermeintlich unbotmäßig waren, ihre Stellung verloren. Solch spektakuläre Fälle von Entlassungen oder Rücktritten gab es in Deutschland noch nicht.

Doch die Reaktionen auf die Schauspieleraktion #allesdichtmachen lässt Ähnliches befürchten. Wenn die Freiheit der Meinung immer häufiger durch vorgebliche, reale oder potenzielle Kränkungen infrage gestellt wird, ist dieses über Jahrhunderte hart erkämpfte Gut ernstlich in Gefahr. Weltweit ist die Meinungsfreiheit in den letzten Jahren immer stärker unter Druck geraten – was in Diktaturen und autoritären Regimes nicht verwundert. Doch dass auch in den westlichen liberalen Demokratien die Grenzen des Sagbaren immer enger gezogen werden und sich Vorsicht breitmacht im öffentlichen Raum, ist höchst beunruhigend.

Den gewaltsamen Auftakt konnten wir beobachten, als 2006 der Streit um die in der dänischen Zeitung *Jyllandsposten* erschienenen Mohammed-Karikaturen losbrach. Es breitete sich in Windeseile ein von Islamisten angestifteter weltweiter Furor aus, der mit verletzten religiösen Gefühlen der Muslime gerechtfertigt wurde. Das war im Übrigen auch die Begründung für die Ermordung der Redakteure der französischen Zeitschrift *Charlie Hebdo* 2015 in Paris. Seitdem entzündet sich immer wieder der Streit über die Grenzen der Meinungsfreiheit und ihre Einschränkung zugunsten verschiedener Opfergruppen.

Um vermeintlich verletzte Gefühle, scharf gezeichnete Täter- und Opferprofile, die sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen, geht es auch in unseren derzeitigen Debatten. Der Begriff des »antimuslimischen Rassismus« etwa hat sich ausgehend von vielen Aktivisten in Aufrufen und Kampagnen innerhalb und außerhalb der Universitäten verbreitet und Eingang gefunden in Redaktionsstuben und Kulturinstitutionen. Auch vom unentrinnbaren »strukturellen Rassismus« und dem »Diktat der Heteronormativität« ist plötzlich immer häufiger die Rede. Weiße, vor allem alte weiße Männer, sollten sich endlich ihrer

jahrhundertealten Privilegien bewusst werden und »woke« sein. Sie sollen ihre »Schuldigkeit« anerkennen und eingestehen und Platz machen für andere. Auf öffentlichen Podien und in Talkshows, in universitären Diskussionen und Auswahlverfahren ist auf einmal weniger die inhaltliche Argumentation und Positionierung relevant als vielmehr das Geschlecht, die Hautfarbe oder die Religionszugehörigkeit. Wer sprechen darf, was ausgesprochen werden darf und was nicht und wie tunlichst gesprochen werden soll, unterliegt inzwischen ganz neuen sozialen Regeln, die niemals offiziell ausgerufen oder demokratisch legitimiert wurden.

Dieses neue Regime, das sich in alle gesellschaftlichen Felder ausbreitet, erzeugt einen Konformitätsdruck, der in den letzten Jahren immens gestiegen ist. Das kann man innerhalb der Volksparteien, im Öffentlichen Dienst und in Unternehmen ebenso beobachten wie besonders ausgeprägt im Kultur- und Wissenschaftsbetrieb. Die Bezeichnung »umstritten« hat längst ihre ursprüngliche Bedeutung verloren, nämlich die eines Streits um einen Inhalt, der von verschiedenen Positionen aus argumentativ geführt wird. Erst recht die so bezeichnete Person hat bereits vor dem Streit verloren und soll geächtet werden. Der Schriftsteller und Jurist Bernhard Schlink hat schon vor zwei Jahren die »Engführung des Mainstreams« beklagt. Der Raum für freie, mutige Rede, unkonventionelle Sichtweisen und die tatsächliche Pluralität der Standpunkte ist mittlerweile noch enger geworden.

Die Studien des John Stuart Mill Instituts haben bereits gezeigt, dass seit einigen Jahren die veröffentlichte Meinung in den führenden Printmedien und in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten auf der einen Seite und die Meinung der Bevölkerung andererseits immer stärker auseinanderdriften.¹ Der sogenannte Mainstream in den Medien repräsentiert immer weniger

die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, und das Unbehagen darüber in der Bevölkerung wächst.

Das Institut für Demoskopie Allensbach, das auch am Freiheitsindex des John Stuart Mill Instituts mitgewirkt hat, untersucht regelmäßig und seit vielen Jahren, wie es um die freie Meinungsäußerung in Deutschland bestellt ist. Die Kurve zugunsten der freien Meinungsäußerung stieg über die Jahrzehnte seit 1953. Im Jahr 1991 waren 78 Prozent der Meinung, sie könnten ihre Meinung frei sagen. Und 16 Prozent waren nicht dieser Meinung. Im Jahr 2021 waren nur noch 45 Prozent der Bevölkerung der Meinung, man könne sich frei äußern, und 44 Prozent waren der Meinung, es sei besser, vorsichtig zu sein. Das ist ein höchst alarmierendes Zeichen: Die politische Meinungsfreiheit ist in Deutschland in den letzten Jahren immer mehr unter Druck geraten. Zudem werden sogenannte heikle Themen, »mit denen man sich den Mund verbrennen könnte«, heute von erheblich mehr Menschen als gefährlich eingestuft. 1996 waren 15 Prozent der Befragten der Meinung, das Thema Muslime und Islam sei heikel, im Sommer 2021 waren es 59 Prozent.

Auch zum Thema der gendergerechten Sprache hat das Allensbacher Institut Erstaunliches herausgefunden. Die Meinung und Sprache der Bevölkerung unterscheiden sich deutlich von der veröffentlichten Meinung. In den Leitmedien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, an den Universitäten und in den Verlautbarungen des Öffentlichen Dienstes wird schon länger gendergerecht gesprochen und auf die Vorbildrolle gepocht. Die Allensbacher Forscher wollten in ihrer repräsentativen Erhebung wissen: »Wenn jemand sagt: ›Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man zum Beispiel neben der männlichen auch die weibliche Form benutzen.« Sehen Sie das

auch so, oder finden sie das übertrieben?« Das sahen 19 Prozent der Befragten auch so. Hingegen antworteten 71 Prozent, ein solches Verhalten sei übertrieben. Interessanterweise teilten diese Einschätzung auch 65 Prozent der Frauen. Jetzt könnte man meinen, dass die jüngere Generation dies ganz anders sieht. Doch auch die Befragten unter 30 waren zu 65 Prozent der Ansicht, der gendergerechte Sprachgebrauch sei übertrieben. Selbst bei den Grünen-Anhängern sprachen sich 65 Prozent dagegen aus. Obwohl doch gerade diese Partei mit größtem Einsatz für die gendergerechte Sprache unterwegs ist.²

Die neue Schweigespirale

Elisabeth Noelle-Neumann verdanken wir den Begriff der Schweigespirale.³ Die Kommunikationswissenschaftlerin beschrieb damit 1980 eine soziale Dynamik, die ich heute mit Konformitätsdruck bezeichnen würde. Jeder hat das Bedürfnis, nicht in soziale Isolation zu geraten, und beobachtet deshalb, wie das eigene Verhalten und die eigenen Aussagen bei anderen Menschen ankommen. Insofern orientieren die Menschen ihr Verhalten daran, welche Verhaltensweisen und Meinungen in der Öffentlichkeit gut ankommen beziehungsweise abgelehnt werden. Oftmals ist zu beobachten, dass bereits vor einer potenziellen Konfrontation oder Ablehnung die eigene Meinung zurückgehalten wird, um Missfallen zu vermeiden. Das heißt also: lieber schweigen, um zu gefallen, um opportun zu sein, als aufzufallen, an den Rand gedrängt oder gar geächtet zu werden. Diejenigen hingegen, die sich zumindest relativ sicher sind, dass sie mit ihrer Meinungsäußerung öffentliche Unterstützung ernten, äußern in der Regel ihre Meinung deutlich und breit vernehmbar. Die Schweigespirale kommt in Gang, wenn lautstarke Meinungsäußerungen auf Schweigen treffen. Diese

Dynamik können wir bei besonders kontroversen und emotional besetzten Themen beobachten. Sie funktioniert unabhängig von der realen Stärke der Meinungslager. Deshalb können auch kleine Minderheiten, die lautstark ihre Anliegen propagieren, den Eindruck erwecken, es würde sich um eine Mehrheitsmeinung handeln, obwohl dies mitnichten zutrifft. Mit der Mobilisierungskraft der sozialen Netzwerke gelingt dies natürlich noch viel schneller als in Zeiten der analogen Öffentlichkeit.

Die neue Schweigespirale funktioniert deutlich drastischer als das, was wir bisher kannten. Sie greift weitaus radikaler in das gesellschaftliche Gefüge ein und hat enormes Spaltungspotenzial, wie wir seit einigen Jahren beobachten können. Es sind hochprofessionelle Akteure in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern unterwegs, nicht nur als erfolgreiche Influencer im Netz.

Es geht deshalb in den folgenden Kapiteln um den Einfluss von Ideen und Praktiken, die direkt beziehungsweise vermittelt aus den Universitäten in die Gesellschaft eindringen und diese transformieren wollen. Denn heute stehen Studienabgänger, die die zukünftige Leistungs- und Funktionselite repräsentieren, einer großen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die viele dieser Ideen befremdlich findet. Das gilt besonders für eine gendergerechte Sprache und neue soziale Regeln, die ihren Ursprung auf dem Campus oder in Aktivistengruppen haben. Auf der einen Seite beobachten wir eine überschaubare Minderheit, die mittels Sprache die Menschen »umerziehen« und die Gesellschaft in ihren Macht- und Privilegienstrukturen »dekonstruieren« und verändern will. Auf der anderen finden wir die große Mehrheit, deren Unmut über eine derartige Pädagogisierung und Gängelung wächst und zuweilen in Zorn umschlägt.

Dieses Spannungsverhältnis und die daraus folgenden sozialen Dynamiken werden uns in den nächsten Kapiteln ausführlich beschäftigen. Um sie besser verstehen und einordnen zu können, ist der Blick auf die Wissenschaft und den Wissenschaftsbetrieb von großer Bedeutung (siehe Kapitel 2). Denn von dort kommen maßgebliche Impulse für die Gesellschaft – unabhängig davon, ob man diese begrüßt oder ablehnt. Nicht nur Studierende und Studienabgänger tragen das an der Universität Gelernte in die Gesellschaft hinein. Auch die wissenschaftlichen Akteure aus den unterschiedlichen Sektionen des Wissenschaftsbetriebs sind ja nicht nur an der akademischen, sondern auch an der gesellschaftlichen Meinungsbildung einflussreich beteiligt. Es ist wichtig, diese Schnittstelle zwischen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und dem Wissenschaftsbetrieb im Blick zu behalten, weil sie einigen Aufschluss über gesamtgesellschaftliche Entwicklungen liefert. In ihrer Avantgarde-Rolle sind diese Akteure samt ihrer Institutionen maßgeblich an der Formung des Zeitgeistes beteiligt. Auch wenn sie verglichen mit dem Rest der Bevölkerung eine Minderheit darstellen, sind sie einflussreich und sprachgewaltig. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, den Eklat zwischen dem Kabarettisten Dieter Nuhr und der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) 2020 noch einmal anzuschauen, weil er ein interessantes Licht auf das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit wirft.

Die DFG wollte den hundertsten Geburtstag ihrer Vorgängerorganisation feiern und dies zum Anlass nehmen, in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Sie ist die größte Förderinstitution in der wissenschaftlichen Forschungslandschaft Deutschlands und erhält dafür im Jahr stattliche 3,3 Milliarden Euro aus Steuergeldern. Sie fördert auf Antrag damit Tausende von Forschungsprojekten an Hochschulen

und Forschungsinstituten. Die groß angelegte Kampagne der DFG hatte den Titel »Für das Wissen entscheiden«. Sie wolle damit »die Prinzipien einer freien und unabhängigen Wissenschaft sowie deren Wert für eine offene und informierte Gesellschaft prominent öffentlich sichtbar machen«. Ein hehres Unterfangen, dass sogar mit einem durch das ganze Land tourenden Bus sowie einer Schauspielergruppe umgesetzt werden sollte. Der Lockdown im Zuge der Corona-Krise vereitelte diese Live-Auftritte vor Publikum. Stattdessen entschloss sich die DFG für Audio- beziehungsweise Videobotschaften, versammelt in der Online-Aktion #fürdasWissen. Das Ganze stand nicht unbedingt im Licht der großen Aufmerksamkeit, auch wenn Prominente, Schauspieler und Kabarettisten zu Wort kamen. Offensichtlich um der Sache mehr Pep zu geben, luden die Kampagnenplaner den Kabarettisten Dieter Nuhr zu einem Video-Statement ein. Er hatte zuvor mehrmals in seinen Sendungen mit beißendem Humor die »Klimahysterie« aufs Korn genommen. In seiner 36 Sekunden dauernden Botschaft für die DFG sagte er: »Wissen bedeutet nicht, dass man sich zu 100 Prozent sicher ist – sondern dass man über genügend Fakten verfügt, um eine begründete Meinung zu haben. Weil viele Menschen beleidigt sind, wenn Wissenschaftler ihre Meinung ändern: Nein, nein, das ist normal! Wissenschaft ist gerade, dass sich die Meinung ändert, wenn sich die Faktenlage ändert. Wissenschaft ist nämlich keine Heilslehre, keine Religion, die absolute Wahrheiten verkündet. Und wer ständig ruft: Folgt der Wissenschaft!, der hat das offensichtlich nicht begriffen. Wissenschaft weiß nicht alles, ist aber die einzige vernünftige Wissensbasis, die wir haben. Deshalb ist sie so wichtig.«⁴

Das ist eine kluge, kurze Definition von Wissenschaft, wie wir sie spätestens seit der Renaissance und Aufklärung begreifen, also